Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 3

Artikel: Der Kampf um die Armee
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332079

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Kampf um die Armee

Von Ernst Reinhard.

Spanien hat neuerdings unter Beweis gestellt, daß die Demokratie nicht zu halten ist, wenn ihr die wirtschaftliche und die militärische Basis fehlen. Die wirtschaftliche Aristokratie drängt zur Beseitigung der unbequem gewordenen Formaldemokratie und erreicht das Ziel mit Hilfe der Armee, welche das geblieben ist, was sie früher war: ein hierarchisches Instrument des autoritären Staates. Die hierarchische Form der Monarchie hatte der Armee nicht gegeben, was sie wollte; darum verbündete sie sich mit der Demokratie zur Beseitigung dieser unbequemen Form des autoritären Staates. Aber sie blieb in ihrem Wesen undemokratisch und antidemokratisch. Es wäre, bei raschem und scharfem Zupacken, möglich gewesen, sie in den Dienst der Demokratie zu zwingen; aber diese Aufgabe wird von der Demokratie immer verkannt, wenn sie sich darauf versteift, nur die Formaldemokratie zu errichten. Dann entsteht ein Haus, dem die Fundamente fehlen. Die Armee spürt das Gegensätzliche der Demokratie und räumt sie weg, sobald sich eine andere Form des autoritären Staates findet. In allen Fällen bietet ihr diese der Faschismus.

So war es in Deutschland. Die deutsche Demokratie empfand das Bestehen eines Heeres als etwas Lästiges; es entsprach nicht ihrem Ideal des Friedens. Sie brauchte die Armee von den Tagen ihrer unrevolutionären Geburt an als Instrument gegen die Arbeiterschaft, die instinktiv erkannte, daß eine Demokratie neben wirtschaftlicher Aristokratie unmöglich sei. Sie trieb damit die Armee erst in Gegensatz zu den Arbeiterschichten, welche schließlich die Republik trugen. Dieser Gegensatz war den Offizieren gar nicht unbequem. Er garantierte ihnen, daß sie unter sich sein konnten. Er hinderte die demokratische Kontrolle des Heeres. *Er machte aus dem Heeresgebiet ein Reservat, aus dem sich die Demokratie selbst ausschloß. Aus dem Reservat wurde ein Staat im Staate.* Seeckt organisierte ihn von innen; Geßler hielt die Eingriffe des demokratischen Staates fern. Aus einer Armee, die sich vorerst im neuen Deutschland geduldet fühlte, wurde eine dem Staate gegenüberstehende, gleichberechtigte Macht, schließlich eine Kraft, die das Schicksal des Staates entschied. Der Staat versank, die Armee blieb. Der Untergang des demokratischen Staates wurde im Generalstab entschieden. Dort wußte man, daß die Monarchie ausgespielt hatte. Aber das Heer konnte nicht leben in einem Staate, der nicht der seine war. So schuf es sich selbst den Staat, den es brauchte: den neuen autoritären Führerstaat des deutschen Nationalsozialismus. Die Republik, die sich der Armee geschämt hatte und sie behandelte, als ob sie nicht bestünde, ging zugrunde, weil die Armee es wollte. An der feindlichen Einstellung der Armee zur deutschen Republik änderte die Tatsache nichts, daß die letzte sozialdemokratische Regierung des Herrn Müller den Befehlen der Armee gehorchte und dem Generalstab aus der Hand fraß. Wenn die Armee schon befahl, dann wollte sie einen zuverlässigen

Staat, nicht einen, der zu ihr nur in einem jederzeit abzuleugnenden illegalen Verhältnis stand. Sie verlangte nur stürmischer nach Klärung der Verhältnisse; die bot ihr Hitler, dessen Politik nichts anderes bedeutet, als daß ein ganzes Volk sich unter die Gesetze der Armee stellt. Hitler wäre nie zur Macht gekommen, wenn die Armee es nicht gewollt hätte. Aber die Armee wollte ihn und ging darin über Leichen hinweg. Wenn militärische Führer sich dieser gradlinigen Entwicklung entgegenstellten, dann gingen die Führer zugrunde. Die Armee empfand die Ermordung Schleichers nicht als Schlag gegen sie, sondern als Dienst an ihr.

Die Armee entschied in Oesterreich gegen die Demokratie und gegen die Arbeiterschaft. Dabei hatte die österreichische Sozialdemokratie, welche die Hilfe der Armee gegen einen faschistischen Angriff von Ungarn her freundlicher einschätzte, als die sozialdemokratischen Parteien anderer Länder das zu tun vermochten, den ersten, schüchternen Versuch gemacht, die Armee selbst in die Hände zu bekommen. Aber der Versuch mußte an der Grundeinstellung der Partei zur Armee scheitern; sie wurde genau so abgelehnt wie anderswo auch. Die Sache der Arbeiterschaft geriet in höchste Gefahr, als der sozialistische Volkskommissar für das Heereswesen, Julius Deutsch, entfernt wurde; sie war verloren, als Vaugoin aus der Armee ein antisozialistisches Klassenkampfinstrument machen konnte.

Aber diese sozialistische Grundeinstellung war nur zu verständlich. Nach 50 Monaten furchtbaren Krieges herrschte die Ueberzeugung, daß der Sozialismus und der Friede kommen würden als etwas, das sich aus der ganzen historischen Situation fast von selbst ergebe. Die sozialistischen Programme dieser Zeit gingen fast unterschiedslos von der Voraussetzung aus, daß das Zeitalter des Kapitalismus endgültig vorbei sei, daß es Aufgabe des Sozialismus sei, auf den Trümmern des Kapitalismus, nach mancherlei Wechselfällen allerdings und schweren Kämpfen, deren siegreichen Ausgang man aber bestimmt voraussagen konnte, das sozialistische Regime einzurichten. Die Erfüllung dieser Aufgabe konnte durch die Armee nur gehindert werden. Sie war schuld, daß die kapitalistischen Kräfte sich wider alle Voraussicht so lange behaupten konnten; sie war schuld, daß der Weltfriede unmöglich wurde; sie war schuld, daß neuer Krieg drohte. Sie wurde zum Sündenbock für alle Uebel. Parteien, die in ihrem Wesen unsozialistisch waren, hielten sich für Sozialisten, wenn sie vor allem antimilitaristisch waren. Sozialismus und Antimilitarismus wurden im Bewußtsein einfacher Gemüter zu Geschwistern. Es war unvorstellbar, daß der Sozialist die Armee anders betrachtet denn als Ausfluß alles Bösen. Ihr gegenüber schwanden die politischen Gedankengänge und Ueberlegungen; man erledigte sie mit moralischen Einwänden.

Aber damit schwand die Armee nirgends. *Der erbittertste antimilitaristische Kampf hat keine Armee beseitigt. Er hat ihr überall in den Sattel geholfen.* Die Armee hat sich automatisch darauf eingestellt, daß man nicht um sie, sondern auf jeden Fall gegen sie kämpfte. Sie hat die Tatsache einfach verzeichnet, daß der Sozialist ihr Verschwin-

den dekretiert. Sie hat sich vor dieser Bedrohung überall in die Verfügungsgewalt des Faschismus gerettet. Sie hat das sozialistische Unvermögen, die Armee zu erobern, sie zu einem Instrument des Demokratismus und des Sozialismus zu machen, überall damit quittiert, daß sie Sozialismus und Demokratie ausgerottet und den Faschismus siegreich gemacht hat. Sie hat über die Naivität jener Gemüter gelacht, die einfach zu verfügen glaubten: weil wir keinen Krieg wollen, wollen wir auch keine Armee. Sie konnte mit verhältnismäßig ruhigem Gewissen behaupten, daß nicht die Armee die kriegerischen Spannungen schuf, sondern der nationalistische Monopolkapitalismus, den die Sozialdemokratie nirgends entscheidend angepackt und vernichtet hatte. Wenn die Armee in den Dienst dieses Monopolkapitalismus trat, wenn sie seiner Staatsform, dem Faschismus, diente, dann nur darum, weil diese autoritäre Wirtschafts- und Staatsform ihrer eigenen, augenblicklichen Struktur entsprach, und weil diese gesellschaftlichen Kräfte die Armee nicht vernichteten, sondern für ihre eigenen Zwecke erobert und eingesetzt hatten. Je mehr die Sozialisten die Armee zum Untergang verurteilten, um so entschiedener bewies die Armee ihre Lebenskraft. Je stärker die Sozialisten diese Tatsachen und ihre Feststellung als verwerflich, gemein, schädlich und höchst unsittlich darstellten, um so besser wußte die Armee die politische Vernunft des Gegners einzuschätzen, der etwas Bestehendes nicht verneinte, weil es ihm vielleicht unbequem war, sondern sich entschlossen dieses Bestehenden bediente, zu beider Gewinn. Es nützt demjenigen, der von Wölfen aufgefressen wird, herzlich wenig, wenn er sich über das Bestehen der Wölfe sittlich entrüstet.

In der Schweiz droht die Entwicklung in gleicher Weise zu gehen und dem gleichen Ziel zuzutreiben. Die Armee ist nicht verschwunden; aber entscheidende Teile der Leitung, des Generalstabs vor allem, sind mit Haß gegen die Arbeiterbewegung geladen. Die Armeeführung steht unter dem Einfluß von Offizieren, für welche die Demokratie höchstens noch Wert hat als autoritäre Demokratie, als Deckmantel eines nicht offen zu bekennenden Faschismus. Willes deutsche Politik, die Ernennung des Faschisten Bircher zum Divisionär, als der er bestimmt materielle Opfer zu bringen hat, die mannigfachen Sympathiebezeigungen von höchsten Offizieren für den Faschismus in jeder Form, das sind deutliche Zeichen, daß die Armee nicht erschüttert ist, aber daß die Clique die Kommandoposten besetzt, daß sie den Tag der Abrechnung vorbereitet und die Armee für diesen Zweck rüstet.

Noch sind wir nicht so weit. In der Armee selbst geht der Kampf zwischen demokratischem und faschistischem Geist weiter. Die Mehrzahl der Offiziere, besonders der Truppenoffiziere, die ohnehin in scharfem Gegensatz zu den Berufsoffizieren und den Nuroffizieren des Generalstabs stehen, sind heute nicht faschistisch. Aber sie sind gezwungenermaßen unpolitisch. Sie können sich nirgends anschließen und geraten in die tragischste Lage.

Der Faschismus gibt seinen Parteigängern Stütze und Rückhalt; die Demokratie weicht feige zurück. Es gibt auf bürgerlicher Seite keine

zuverlässige, demokratische Partei mehr; die einzige demokratische Partei von Maß und Bedeutung ist die Sozialdemokratie als Partei der sozialistischen Demokratie. Sie aber weist nicht nur eine andere, politischere Einstellung zur Armee als unsittlich ab; parteigenössische Organe können dieses grundsätzliche Verhalten verschärfen, indem sie auch den demokratisch denkenden Truppenoffizier, den Soldaten, der antikapitalistisch, antifaschistisch denkt, als »Mörder« und Träger eines »Schandlumpens« beschimpfen, indem man die kindisch nachgeplapperte Parole ausgibt: Dieser Armee keinen Groschen! Wo sollen diese einstweilen noch zahlreichen demokratischen Elemente Stütze und Halt finden, wenn die Partei, die ihnen innerlich in allem übrigen am nächsten steht, sie als minderwertige Subjekte behandelt, wenn nicht nur eine grundsätzliche, politische Differenz das Verstehen erschwert (darüber wäre vielleicht noch hinwegzukommen), sondern wenn hemmungslose Beschimpfung nachher noch unübersteigbare Schranken von verletztem Ehrgefühl zwischen ihr und den nichtfaschistischen Offizieren errichtet?

Beschleunigen wir den Faschisierungsprozeß der Armee oder hemmen wir ihn? Sind wir imstande, den Kampf um den demokratischen Geist in der Armee zu organisieren und zum Siege zu führen? Das allein ist die Frage; unwesentlich ist die Verneinung der Armee, die trotzdem besteht, wie sie in Deutschland, Oesterreich, Spanien bestanden — und gewirkt hat.

Bei allen derartigen Betrachtungen muß man sich vor Augen halten, daß die Armee Ausdruck eines gesellschaftlichen Zustandes ist und daß sie sich mit diesem gesellschaftlichen Zustand ändern müsse. Dann wird man sich vielleicht doch auch eingestehen, daß es Unsinn ist, die gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu ändern, aber einstweilen diejenigen der Armee intakt zu behalten. Daß man das einfach nicht kann, haben zu unserem Schaden Deutschland, Oesterreich, Spanien bewiesen, zu unserem Vorteil Rußland. Rußland hat die gesellschaftlichen Grundlagen des Staates und der Armee gleichzeitig geändert; es hat nicht die Armee im alten Geiste gelassen, es hat nicht die Armee verneint, sondern es hat sie erobert. Aber die russischen Eroberer haben politisch und nicht moralisch gedacht.

Für uns ist kein anderer Weg möglich; wir können nicht die gesellschaftlichen Grundlagen des Staates und der Wirtschaft ändern und die Armee unterdessen als feindliche Macht in unserer Flanke lassen; wir müssen *das eine und das andere* erobern. Wir wollen den Staat, die Wirtschaft und die Armee. Miteinander! Wir bekennen uns daher nicht zur Armee, sowenig wie wir uns zum kapitalistischen Staat bekennen. Aber wir sehen die Armee im Zusammenhang mit den sozialen Kräften; und so wie wir die Umlagerung dieser sozialen Kräfte in der Wirtschaft und im Staate wollen, so wollen wir sie auch in der Armee. Wir kämpfen um die Armee als Instrument der Demokratie, der sozialistischen Demokratie. Und wir warten damit nicht bis morgen. Denn die Armee des heutigen Staates muß diejenige des Staates von morgen sein.

Es hält für eine auf ihr Selbstbestimmungsrecht stolze Partei außerordentlich schwer, sich einzugestehen, daß sich in der Welt etwas grundsätzlich geändert hat und daß sie selbst sich kühn auf die neuen Kampfverhältnisse einstellen müsse. Es ist gefährlich, einer solchen Partei sagen zu müssen, daß die Voraussetzungen für einen sofortigen und raschen Sieg sich nicht verwirklicht haben, sondern daß man unverdrossen neu beginnen müsse. Und doch bleibt uns nichts anderes übrig. Unsere Wünsche entscheiden nicht über die historische Situation, in der wir uns befinden; aber unsere Erkenntnis hat sich offen und mutig mit dieser Situation zu befassen. Aussprechen, was ist, bleibt die Voraussetzung jeglicher Politik, vor allem jeglicher revolutionären Politik; hysterische Entrüstung darüber deckt nur die eigene Schwäche und Unsicherheit, schafft keine radikalen Entscheidungen. Es gehört zu den Kinderkrankheiten jeglichen Radikalismus, sich über den eigenen Zustand hinwegzutäuschen. Das geschieht gerade dann am liebsten und häufigsten, wenn die moralische Entrüstung über die Tatsache hinweghelfen soll, daß der Sozialismus bis heute nicht gesiegt hat. Wer seiner Sache sicher ist, lacht darüber und packt unverdrossen an.

Die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz trägt auch Schuld daran, daß wir in der Wehrfrage äußerst schwer haben, zu eigenen Lösungen zu kommen. Man ist entweder Antimilitarist — oder man ist Mann des Generalstabes. Man frißt dem Generalstab aus der Hand, wenn man sich für die Landesverteidigung einsetzt; man läßt sich fangen durch die Parole: Wer den Zweck will, muß die Mittel wollen. Aber der Generalstab und wir wollen gar nicht dasselbe. Wir wollen Verteidigung der Demokratie, er will das Gegenteil. Darum brauchen unsere Mittel nicht die seinen zu sein. Wir müssen den Mut haben, wie Jaurès es vor bald 30 Jahren hatte, ein eigenes Wehrsystem auszuarbeiten und uns danach einzustellen. Wir wollen die andern gesellschaftlichen Grundlagen der Armee — und darum wollen wir auch andere Kräfte, die in ihr wirken. Wir wollen jenes Verteidigungssystem, das die Jakobiner geschaffen haben: eine neue Armee, die den neuen Staat verteidigt. Beides müssen wir gemeinsam erobern.

Erneuerung der Weltanschauung oder Erneuerung der Wirtschaftsordnung?

Von Otto Lang.

Verbirgt sich hinter der Erneuerungsbewegung nicht lediglich der Wunsch, es möge alles beim alten bleiben, so kann Gegenstand der Erneuerung nur die Wirtschaftsordnung sein. Gewiß ist es nicht bedeutungslos, ob die Revision zu einer Stärkung oder einer Schwächung der Bundesgewalt führt, ob der Proporz beseitigt, ob die Sozialversicherung erweitert oder abgebaut wird, ob die berufsständische Ordnung in der Verfassung Anerkennung findet. Aber